

Zentralisierung kirchlicher Entwicklungshilfe?

Am 30. Juni 1971 eröffnete der Papst mit der üblichen Mittwochsaudienz den neuen Audienzsaal links von St. Peter mit seinen zahlreichen Nebenräumen, in denen künftig auch die Bischofssynode ihren Platz finden soll. Paul VI. dankte dem Architekten *Luigi Nervi*, der den Bau entworfen hatte. Er entschuldigte sich beim Publikum, daß der Vatikan so viel Geld in diesen Neubau investieren mußte. Die ursprünglich kalkulierten Kosten hatten sich im Verlauf der Durchführung mehr als verdoppelt. Der Papst rechtfertigte vor Pilgern und Touristen den Bau: Die Dinge und Ideen, die in ihm verwirklicht würden, bedürften seiner. Gleichsam ein Gegengewicht dazu schaffend, sprach er nicht nur von vermehrten Anstrengungen zugunsten der Armen, der Missionswerke der Kirche und zugunsten der Dritten Welt. Er kündigte auch die Errichtung einer neuen Kurienbehörde an: „... wir beabsichtigen außerdem ein neues Organ des Apostolischen Stuhles zu errichten, um eine bessere Koordinierung und eine *umfassendere und intensivere Förderung der karitativen Arbeit* der Kirche in der Welt zu erleichtern“.

Ein neues Kurienamt

Dieser Satz ließ aufhorchen, aber wer mit den Hintergründen nicht näher vertraut war, kombinierte keine großen Zusammenhänge. Man wußte, daß die *Caritas Internationalis* seit dem mehr oder weniger erzwungenen Rücktritt des früheren Generalsekretärs *C. Bayer* in einer Personal- und Führungskrise steckte. Man wußte auch, daß Bestrebungen bestanden, diese stärker an das Staatssekretariat zu binden bzw. zu einem kurialen Instrument zu machen. Man wußte auch, daß der gegenwärtige Präsident der *Caritas Internationalis*, der Franzose *J. Rodbain*, für solche Bestrebungen nicht nur ein offenes Ohr hatte, sondern sie selbst förderte. Die *Caritas Internationalis*, so dachte man, würde wohl in dem neuen Dikasterium aufgehen. Weitere Schlußfolgerungen schienen den Außenstehenden aus der Luft gegriffen; denn erst wenige Tage vorher, beim Empfang des Kardinalskollegiums anlässlich seines Namens-

und Krönungstages, hatte der Papst erklärt: Trotz der „erweiterten verschiedenen Kompetenzen der örtlichen kirchlichen Organe macht sich das praktische, aber auch spirituelle Bedürfnis einer Beziehung zum sichtbaren Zentrum der Kirche so sehr bemerkbar, daß wir uns den verschiedenartigen Vorschlägen, neue Organe im Dienst der inneren Einheit und der organischen Funktionalität der Kirche zu errichten, häufig widersetzen müssen“ („*Osservatore Romano*“, 25. 6. 71).

Diejenigen, die mit den Meinungsverschiedenheiten zwischen den bischöflichen Werken für Entwicklungshilfe und dem Vatikan vertraut waren, wußten diese Ankündigung bald anders zu deuten. Unter ihnen befanden sich verschiedene Empfänger eines Schreibens des Kardinalstaatssekretärs vom 26. Mai 1971. Nach diesem Schreiben, über das „*Publik*“ am 16. Juli, knappe drei Wochen nach der Ankündigung des Papstes, berichtet hat, sieht der Papst den Augenblick für gekommen, für alle Organisationen, die sich mit Entwicklungs-, Katastrophenhilfe und mit allgemeiner karitativer Tätigkeit befassen, ein „*Päpstliches Büro*“ einzurichten. Im gleichen Schreiben wurde mitgeteilt, den Vorsitz über dieses Büro werde der Kardinalstaatssekretär selbst führen. Was schon aus der Ankündigung des Papstes ersichtlich war, wurde durch den Brief Pauls VI. an Kardinal Villot, der am 22. Juli in Rom der Presse vorgestellt wurde, vollends klar: Es handelt sich nicht nur um ein „*Büro*“, sondern um ein voll ausbaufähiges Dikasterium, um einen „*Päpstlichen Rat*“ als direktes Instrument des Staatssekretariats. Die Struktur scheint ebenfalls festzustehen: das leitende Gremium sollen unter der Regie des Staatssekretärs die Vorsitzenden der koordinierten Werke bilden. Diesem Gremium soll (mit einem Sekretariat) ein geschäftsführender Ausschuß mit Vertretern dieser Werke unterstehen. Diese Struktur würde zunächst dem entsprechen, was in dem Brief von Kardinal Villot versichert wird: die Werke selbst sollen ihre Rechtsform behalten und ihre Aufgaben weiterhin selbständig durchführen. Das neue Dikasterium hätte bloß die Aufgabe des ständigen Meinungsaustauschs und der Koordi-

nierung der Werke zu übernehmen. Aber bloße Koordinierung ist der Vatikan nicht gewohnt, das neue Dikasterium ist also wohl nicht nur als Zentrale des Meinungsaustauschs und der Abstimmung der Entwicklungshilfe „auf der Ebene der Weltkirche“ gedacht. Welches die wirklichen Zuständigkeiten des neuen Rates sein werden, wenn der Vatikan nicht durch den Widerstand der Betroffenen zu einem Rückzieher gezwungen wird, läßt sich noch nicht absehen.

Kommt es zur Gründung eines Weltfonds?

Gegenwärtig sieht man auch noch nicht klar, wieweit mit der Errichtung der neuen Kurienbehörde die Verwirklichung eines anderen Planes, die Errichtung eines *Weltentwicklungsfonds* in Rom, näher gerückt ist. Beide, eine stärkere Koordinierung und die Errichtung eines Weltentwicklungsfonds, sind seit längerer Zeit in Schwange. Auf der Außerordentlichen Bischofssynode im Herbst 1969 hatte vor allem der Erzbischof von New York, Kardinal *T. Cooke*, einen solchen Fonds gefordert. Nach dem Vorschlag von Kardinal Cooke sollte dieser Fonds Ausdruck der horizontalen Kollegialität der Bischöfe sein. Er sollte von einem Komitee aus Vertretern der Bischofskonferenzen in Zusammenarbeit mit der Päpstlichen Kommission „*Justitia et Pax*“ verwaltet werden. Zum näheren Studium der Vorschläge der Synode von 1969, vor allem des „*Aufrufs für menschliche Entwicklung*“ vom 27. Oktober 1969, wurde im April 1970 eine *Ad-hoc-Kommission* aus elf Personen gebildet (Darunter waren der Sekretär der Synode, der Sekretär und der Vizesekretär von „*Justitia et Pax*“, ein Vertreter des Staatssekretariats, der Missionskongregation und der Kongregation für die Bischöfe.). Auf ihrer Sitzung im Mai 1970 schlug diese Kommission dem Papst die Errichtung eines „*kleinen Komitees*“ aus Mitgliedern der Synode vor, die die verschiedenen Weltreligionen angemessen repräsentieren sollten. Dieses Komitee sollte aber für die Verwirklichung der von der Synode postulierten *horizontalen Kollegialität in Sachen Entwicklungshilfe* sorgen. Eine der

Aufgaben sah man in der Koordinierung der vorhandenen Geldmittel. Gegen die Einrichtung eines neuen zentralen Fonds bestanden aber Einwände seitens der Synode. Doch schienen diese Einwände mehr aus den Geberländern zu kommen, während die Bischöfe aus den Entwicklungsländern größeren Wert auf eine Koordinierung legten. Sie meinten, auf diese Weise weniger der Gefahr neokolonialistischer Praktiken ausgesetzt zu sein. Schon diese Ad-hoc-Kommission wollte offenbar mehr als nur Koordinierung. Das geplante Komitee sollte u. a. auch Pilot-Projekte von sich aus fördern. Doch wurde die Bildung eines zentralen Fonds auch von der Ad-hoc-Kommission nochmals abgelehnt. Die Erstverantwortung sollte bei den Bischofskonferenzen bleiben. Man bekannte sich voll zum Subsidiaritätsprinzip. Deswegen war auch nur ein kleiner Apparat für die Geschäftsstelle vorgesehen. Das Gremium, das man der Synode selbst zuordnen wollte, sollte nur alle zwei Jahre tagen. Aus diesem Plan ist nichts geworden. Offenbar war dieses Komitee für das Staatssekretariat ein zu schwaches Gebilde. Zudem wäre es Ausdruck der Bischofsynode und nicht eigentlich ein Organ des Vatikans geworden.

Gegen die CIDSE gerichtet

Auch die *bereits vorhandenen Koordinierungsgremien* schienen dem Staatssekretariat nicht die richtigen Instrumente zu sein. Die CIDSE (Cooperation internationale pour le Développement Socio-Economique) in Brüssel, das von den Entwicklungswerken Europas, der USA und Kanadas geschaffene Koordinierungsorgan, hat nie die Billigung des Vatikans gefunden. Gleichwohl besteht sie bereits seit 1965 und hat in den letzten Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Ihre Gründung war ein erster konkreter Versuch, Verantwortung im Entwicklungsbereich durch die Teilkirchen und Episkopate übernational wahrzunehmen. (Die Anregung, ein solches Organ zu schaffen, geht bekanntlich auf eine Konzilsinitiative des früheren Kölner Erzbischofs, Kardinal Frings, zurück.) Die CIDSE diente nicht nur dem ständigen Meinungs-austausch, sondern bildete eine Art *Clearing-Stelle* und Speicherungs-zentrum zur Ver-

meidung von Doppelfinanzierungen und von Überschneidungen bei Antragsbehandlungen und Projektevaluierungen. Die Aufgabenstellung der CIDSE wurde von Jahr zu Jahr verbessert. Die Arbeitsstelle in Brüssel hat auch einen guten ökumenischen Ruf. Noch bei den Überlegungen in Genf anlässlich der großen Ökumenischen Entwicklungskonferenz Ende Januar 1970 (vgl. Herder-Korrespondenz 24. Jhg., S. 139) galt diese katholische Koordinierungsstelle außerhalb des amtlichen zentralkirchlichen Rahmens als beispielhaft. Allerdings sind der CIDSE nicht alle „Werke“ angeschlossen.

Das Schicksal des Round Table

Seit 1968 gab es noch ein zweites, allerdings schwächeres Koordinierungsinstrument, das sog. *Round Table* in Rom unter der Feder- bzw. Geschäftsführung des Sekretariats von „Justitia et Pax“. Diesem Round Table, das regelmäßig einmal, höchstens zweimal im Jahr tagte, gehörten Vertreter der CIDSE, der Caritas Internationalis, der Päpstlichen Kommission „Justitia et Pax“, der Missionsorden, der Missionskongregation und auch des Staatssekretariats an. Der Sinn dieses Round Table war der regelmäßige Gedankenaustausch über alle die kirchliche Entwicklungsarbeit berührenden Fragen (theoretische Studien, Entwicklungsaktivität im eigentlichen Sinne, Klärung gemeinsamer Fragen zwischen der Missionskongregation, Caritas Internationalis und den in der CIDSE zusammengeschlossenen Entwicklungswerken). Dieses Instrument war bisher sicher nicht ausreichend, um alle Probleme im Kraftfeld Entwicklungs-, Missions- und Katastrophenhilfe aufzuarbeiten und alle gelegentlich (beispielsweise anlässlich der Biafrahilfe) auch auf nationaler Ebene auftauchenden *Rivalitäten* zu beseitigen. Schwierigkeiten ergaben sich in letzter Zeit u. a. daraus, daß die Leitung der Caritas Internationalis immer stärker einer festeren amtskirchlichen Bindung, d. h. einer Integration der Caritas Internationalis in die Kurie, das Wort redete. Das Round Table sollte jedoch gerade jetzt nach Verabschiedung interner Leitlinien auf eine solidere Basis gestellt werden. Doch findet, wie bereits „Publik“

gemeldet hat, die für Oktober angesetzte nächste Sitzung des Round Table nicht mehr statt.

Justitia et Pax gefährdet?

Das Staatssekretariat hat aus Gründen der Umstrukturierung (eben wegen der Gründung des neuen Dikasteriums) sowohl die Wahl eines neuen Generalsekretärs der Caritas Internationalis unterbunden wie das Round Table aufgelöst. Es ist noch einen Schritt weiter gegangen und hat durch einen weiteren Brief an „Justitia et Pax“ auch diese zur Ordnung gerufen, indem es deutlich machte, die Kommission sei als *rein internes Konsultationsorgan* des Vatikans zu betrachten, ohne eigenes Initiativrecht nach außen. Schon längere Zeit bestanden *Meinungsverschiedenheiten* zwischen dem Staatssekretariat und „Justitia et Pax“. Sie betrafen vor allem das Vorgehen im Falle politischer Konflikte, wo die Kommission der päpstlichen Diplomatie öfters in die Quere kam, und die bevölkerungspolitischen Fragen (Geburtenregelung). So hatte sich „Justitia et Pax“ in letzter Zeit in zwei Richtungen zu verteidigen: gegenüber dem Staatssekretariat, das ihre Selbständigkeit einzuschränken suchte, und gegenüber den nationalen Justitia-et-Pax-Kommissionen, die mit einer völlig vom Staatssekretariat abhängigen Zentralkommission nur bedingt zusammenarbeiten wollten (vgl. „The Tablet“, 5. Juni 1971; vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 167 f.). Einer Revision wird gegenwärtig auch die römische Teilnahme an SODEPAX, dem gemeinsamen Komitee des ÖRK und des Vatikans für Gesellschaft, Entwicklung und Frieden, unterzogen. Weil Rom nach einem dreijährigen Experimentierstadium noch nicht grünes Licht gegeben hatte, mußte die letzte Vollversammlung von SODEPAX, die Anfang Juli in Arnoldshain stattfinden sollte, auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Gegenwärtig steht zwar fest, daß die gemeinsame Arbeit in diesem Komitee fortgesetzt wird, doch wünscht Rom eine Neuordnung der Modalitäten (vgl. NC News Service, 30. 6. 71). Im Falle von SODEPAX liegen die Dinge allerdings insofern anders, als die Zuordnung der römischen Vertreter zu „Justitia et Pax“ nicht gut geregelt war. Zudem verfügte SODEPAX, das

bisher von der Humanum-(Schweiz) und von der Ford-Stiftung (USA) unterstützt wurde, offensichtlich über ausreichendere finanzielle Mittel als die päpstliche Studienkommission selbst.

Wird sich die Bischofssynode äußern?

Offen ist im Augenblick, welche Struktur „Justitia et Pax“ in Zukunft erhalten wird und wie weit das neue Dikasterium ihre Existenz und ihre Stellung in der Kurie berührt. In erster Linie ist von der römischen Neugründung aber die CIDSE betroffen, die bei stärkerem Ausbau des neuen Dikasteriums diesem weichen müßte. Damit scheint die Hauptfrage nicht so sehr zu sein, ob die nationalen Entwicklungshilfswerke zu noch mehr Koordination gezwungen werden oder einen Teil ihrer Unabhängigkeit verlieren. Entscheidender erscheint die Frage, ob es in der katholischen Kirche möglich ist, wenigstens in einem Bereich, der das Kirchenvolk als Ganzes betrifft und in der Durchführung in erster Linie Aufgabe der Laien ist, Gemeinschaftsziele auch ohne zentrale Steuerung durch eine päpstliche Behörde zu verwirklichen. Dies ist eine *Grundsatzfrage*, mit der sich die nächste Bischofssynode im Rahmen der Diskus-

sion über das Thema Gerechtigkeit in der Welt auseinanderzusetzen haben wird. Interessant ist die Beobachtung, daß sich jetzt im katholischen Raum derselbe Prozeß wiederholt und dieser Prozeß auch mit denselben Argumenten bestritten wird wie im vorigen Jahr beim Ökumenischen Rat der Kirchen, als es zur Gründung der weiter oben zitierten Ökumenischen Kommission mit dem Ziel der Errichtung eines Ökumenischen Entwicklungsfonds kam. Auch dort wurde eingewandt: die Autonomie der Werke leite sich ab von der Herkunft des Geldes; der Spender sei nicht bereit, sein Geld einer ihm fremden Verwaltungsorganisation anzuvertrauen; mit zunehmender Entfernung der Verfügungsgewalt vom Herkunftsort der Spenden nehme die Spendenfreudigkeit ab. Dieses Argument hat gegenüber Rom und dem ÖRK seine Geltung. Doch es eignet sich wenig für eine Abstimmung mit den jungen Kirchen der Entwicklungsländer, weil diese unter Umständen die Autorität Roms einer vermeintlichen oder tatsächlich spürbaren Abhängigkeit von einzelnen Geberländern vorziehen würden. Diese psychologische Situation kam schon auf der Synode 1969 deutlich zum Durchbruch. So dürfte es auch auf der kommenden Synode wieder sein.

kommunistischer Partei veröffentlichte, wurde sie von der gaullistischen „Nation“ scharf gerügt. Vor allem *Proteste gegen den Waffenhandel* der französischen Regierung nehmen ständig zu (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 219—221). Erst kürzlich veranstalteten die Mitglieder christlicher Friedensorganisationen unter den Besuchern der internationalen Flugzeugausstellung zu Bourget einen sit-in und verteilten 7000 Flugblätter, in denen sie den Waffenhandel der Regierung verurteilten und die Glaubwürdigkeit offizieller Regierungserklärungen über den Kampf gegen Rassismus und für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, die Achtung vor den Menschenrechten und die Entwicklungshilfe in Zweifel zogen (vgl. „La Croix“, 10. 6. 71).

Vom 19. bis 26. Juni 1971 protestierten in der Kirche Saint-Martin zu Metz 13 junge Leute mit einem Hungerstreik gegen die *Inhaftierung des Wehrdienstverweigerers* aus Gewissensgründen, *R. Carlo*, dessen Fall nicht anerkannt worden war, weil er sein Gesuch nicht fristgerecht eingereicht hatte. Die Besetzung eines kirchlichen Gebäudes im ökumenischen Zentrum Saint-Marc in Grenoble und ein politischer Hungerstreik führten zu einem gemeinsamen *Kommuniqué* katholischer und reformierter kirchlicher Stellen, das soviel widersprüchliche Reaktionen hervorrief, daß der katholische Bischof der Stadt, *G. Matagrín*, sich gezwungen sah, in einem öffentlichen Brief den Sinn kirchlicher Stellungnahmen zu konkreten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situationen zu erläutern (vgl. „La Croix“, 3. 7. 71): Solche Stellungnahmen gehörten zur eigentlich spirituellen Sendung des Papstes und der Bischöfe.

Politisch-kirchliche Spannungen in Frankreich

Die schon seit einiger Zeit *anhaltenden Spannungen* zwischen Kirche und Staat in Frankreich haben sich in jüngster Zeit verschärft. Das aktive politische Engagement vieler katholischer Laien und auch mancher Priester in Linksparteien und Gewerkschaften sowie in *linksgerichteten Gruppen* mit sozialrevolutionärem Akzent ist der Regierung ein Dorn im Auge. Immer mehr Priester (bisweilen sogar Bischöfe) fühlen sich veranlaßt, im Namen des Evangeliums — oder auch aus „gemischten“ Motiven — zu konkreten Fällen von sozialer Ungerechtigkeit Stellung zu nehmen, sich auf die Seite streikender Arbeiter zu schlagen und repressive Maßnahmen der Regierung gegen Arbeiter und Studenten anzuprangern. Der Episkopat als ganzer hält sich zurück. Die *Regierung* ist zunehmend irritiert, daß die

Bischöfe nichts gegen die Angriffe linksgerichteter katholischer Gruppen auf die als faschistisch gebrandmarkte Regierungspolitik unternehmen. Geradezu schockiert war man, als nach dem Tode des Staatspräsidenten *Ch. de Gaulle* verschiedene Geistliche da und dort das Ersuchen der Behörden um ein „offizielles“ Requiem für den Verstorbenen mit dem Hinweis auf seinen allzu „politischen“ Charakter ablehnten.

Politischer Katholizismus?

Als die Rom nahestehende katholische Tageszeitung „La Croix“ im November 1970 (19. 11. 70) ein Interview mit dem stellvertretenden Generalsekretär der KPF, *G. Marchais*, über das Verhältnis zwischen Kirche und Kommunismus bzw.

Ein explosives Kommuniqué

Exemplarisch für die zunehmend gespannten Beziehungen zwischen Kirche und staatlichen Stellen bzw. gaullistischen Exponenten in Frankreich ist ein Fall, zu dem sich auch der Erzbischof von Paris und Präsident der französischen Bischofskonferenz, Kardinal *F. Marty*, äußerte, und der bis zu Jahresbeginn zurückreicht. Am 14. Februar 1971 kam es bei der Besetzung von Sacré-Cœur auf dem Montmartre durch linke politische Gruppen zu einem Hand-